

Otto Graf Lambsdorff: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, 1982

Das erforderliche Gesamtkonzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sollte insbesondere folgende Aktionsbereiche (die in einem inneren sachlogischen Zusammenhang zueinander stehen) umfassen:

A. Wachstum und beschäftigungsorientierte Haushaltspolitik

Ansatzpunkte für konkrete haushaltspolitische Maßnahmen

- 1 Zusätzliche wachstums- und beschäftigungsfördernde Ausgaben (möglichst ohne Folgekosten) im Bundesbereich für etwa drei Jahre (...) für z.B.
 - Verstärkung von Infrastrukturmaßnahmen im Umweltschutz (z.B. Gewässerschutz)
 - Wiederaufstockung der Mittel für die Gemeinschaftsaufgabe "Regionale Wirtschaftsförderung" sowie "Agrar- und Küstenschutz".
 - Verstärkung der Mittel für Existenzgründung (...)

- 2 Weitere Einschränkungen konsumtiver bzw. eindeutig nicht wachstums- und beschäftigungsfördernder Ausgaben

Zur Absicherung der noch bestehenden Haushaltsrisiken (z.B. für 1983: Bundesanstalt für Arbeit, Kindergeldregelung Bund/Länder, Zinsaufwand, Wohngeld, Bundesbahn) (...)

Verringerung des Leistungssatzes für Arbeitslosengeld am Anfang der Bezugsdauer (z.B. erste drei Monate nur 50% des letzten Nettoeinkommens, evtl. Mehrstufenregelung)

oder

Generelle Senkung des Arbeitslosengeldes für Alleinstehende (ohne Unterhaltsverpflichtung); anknüpfen an frühere Regelung

oder/und

Einführung von Karenztagen bei der Zahlung von Arbeitslosengeld (Beiträge zur Krankenversicherung werden jedoch durch Bundesanstalt gezahlt)

Begrenzung des Arbeitslosengeldbezuges auf maximal ein Jahr, auch bei Krankheit; kein Entstehen von neuen Arbeitslosengeldansprüchen durch Teilnahme an Maßnahmen der Bundesanstalt (erhebliche Einsparungen zu erwarten) (...)

d) Mutterschutzurlaubsgeld

Ersatzlose Streichung, mindestens aber mehrjährige Aussetzung

e) BaföG (Einsparung auch für die Länder wegen 35%-Beteiligung)

Streichen des Schüler-BaföG

Umstellung des BaföG für Studenten auf (Voll-)Darlehen, mit einer neugefaßten, verwaltungseffizienten Härteklausele (je nach Ausgestaltung allerdings größere Einsparungen erst bei Rückzahlung)

(...)

B. Investitions- und leistungsfördernde Steuerpolitik

Die gegenwärtige und mehr noch die für die Zukunft erwartete Steuerbelastung ist für

Investitionsentscheidungen zweifellos von erheblicher Bedeutung; mindestens ebenso bedeutsam sind jedoch die Erwartungen des Investors hinsichtlich der künftigen Lohn-, Arbeitszeit-, Sozial-, Umwelt-, Rechts- sowie Wirtschafts- und Finanzpolitik schlechthin. Insofern darf die Wirkung isolierter Steuermaßnahmen nicht überschätzt werden.

Leitlinien:

- Vermeiden eines Anstiegs der gesamtwirtschaftlichen Steuerbelastung; kein Ausweichen in parafiskalische Regelungen (Pfennigabgaben)
- Leistungs- und investitionsfreundlichere Gestaltung des Steuersystems durch Beseitigung bzw. Reduzierung folgender Strukturprobleme (macht gezielte Investitionsanreize weniger dringlich)
 - Übermäßige Belastung durch ertragsunabhängige Steuern (Gewerbesteuer und Vermögenssteuer) und deren negative Folgen für die Investitionsbereitschaft und Eigenkapitalbildung, vor allem in ertragschwachen Phasen)
 - Übermäßige Belastung der Löhne und sonstiger Einkommen durch "normale" und "inflationsbedingte" Progressionswirkung und deren negative Folgen für Leistungsbereitschaft, Steuermoral (Steuerverkürzung, Schwarzarbeit etc.) und Lohnpolitik

(...)

Ansatzpunkte für konkrete steuerpolitische Maßnahmen im Rahmen eines mehrjährigen, verbindlich festgelegten Stufenplanes:

1. Schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuer
2. Partielle Entlassung des gewerblich genutzten Vermögens von der Vermögenssteuer
3. Entlastung der Lohn- und Einkommensbezieher
4. Steuerliche Anreize für Investitionen und Anlage in Risikokapital
5. Anhebung der Mehrwertsteuer zum Ausgleich für investitions- und arbeitsplatzfördernde Steuerentlastung

C. Konsolidierung der sozialen Sicherung sowie beschäftigungsfördernde Sozial- und Arbeitsmarktpolitik

Leitlinien:

- Dauerhafte Konsolidierung der sozialen Sicherungssysteme ohne Anhebung von Beiträgen bzw. Einführung von Abgaben
- Stärkere Berücksichtigung der Prinzipien der Selbstvorsorge und Eigenbeteiligung sowie der Subsidiarität (...) in allen Bereichen der Sozialpolitik
- Erleichterung und Flexibilisierung der Arbeitszeit, jedoch keine staatlich verordnete oder geförderte Arbeitszeitverkürzung
- Generell keine weitere Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Unternehmen sowie Überprüfung der bestehenden Regelungen auf ihre Wirkungen für die Beschäftigung

D. Politik zur Förderung von Marktwirtschaft, Wettbewerb und wirtschaftlicher Selbständigkeit

Leitlinien

u.a.:

- Abbau von unnötiger Reglementierung und Bürokratie in allen Bereichen der Wirtschaft und stärkere Verlagerung bisher öffentlich angebotener Leistungen auf den privaten Bereich

(...)

- Verstärkte materielle und immaterielle Förderung der wirtschaftlichen Selbständigkeit, insbesondere der gewerblichen Existenzgründung
- Neuorientierung der Vermögenspolitik durch relativ stärkere Förderung der Beteiligung am Produktivkapital

(...)

Diese Überlegungen gehen über den konventionellen Rahmen der bisher als durchsetzbar angesehenen Politik hinaus. Die politischen Schwierigkeiten ihrer Durchsetzung werden nicht übersehen. Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit gebietet es aber, dass die Politik für die Wirtschaft einen neuen Anfang setzt und eine Zukunftsperspektive gibt, die frei ist von entbehrlichen staatlichen Belastungen, so daß Investitionen in neue Arbeitsplätze und zur Sicherung vorhandener Arbeitsplätze wieder vertretbar und lohnend erscheinen.

(...)

Quelle: Neue Bonner Depesche 9/82, S. 3 ff.